



Schutzmasken und Souveränität

– von Joachim Paul

Zurück im Spiel: In der Corona-Krise erleben wir die Nationalstaaten wieder als handlungsfähige Subjekte – wengleich stark geschwächt durch die Globalisierung. Endlich besinnen sich einige Entscheider wieder auf «Made in Germany» – auch als sicherheitspolitische Vorsorgestrategie.

Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise – und nun Corona-Krise. Krisen decken Bruchlinien auf, unterteilen in Mächtige und Ohnmächtige. In Italien wird politisch ausgeflaggt: Das Sternenbanner der EU an den Rathäusern verschwindet. Mit eigenen Händen rollen es die «borgomastrì» (Bürgermeister) ein und hissen mancherorts die russische Trikolore. Während EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen filmisch das richtige Händewaschen erklärte, landete das größte Transportflugzeug der Welt, die legendäre Antonow, in Italien. From Russia with Love: Neben einem Stab von Militärärzten wurden medienwirksam Desinfektionsmittel und Beatmungsgeräte ausgeladen. Mag sein, dass nicht jede einzelne Einheit tauglich und das Krisenmanagement daheim in Putins Reich eher holprig ist, der Fuchs im Kreml weiß jedoch um die Wirkung solcher Bilder.

Offenkundig ist es nicht nur Ungarn möglich, über Nacht Staatsgrenzen zu schließen, und Griechenland wehrt mit vereinten nationalen Kräften die Migrationswaffe des Erdogan-Regimes ab. Der *Breitbart*

Journalist Chris Tomlinson betitelte am 10. März ein Handy-Video, das eine Formation griechischer Polizisten beim Zurückdrängen eines aggressiven Mobs junger Orientalen am Grenzzaun zeigt, lakonisch unter Verweis auf die Antike: «Kampf an Thermopylen, 480 vor Christi – nachträglich koloriert».

Wildwestmethoden in Fernost

Doch wie buchstabiert man Souveränität im Zeitalter globaler Krisen? Vielleicht mit dem Atemschutz in der Hand – ein Stück Stoff mit Gummiband, Materialwert: wenige Cent. Auf dem Scheitelpunkt der Pandemie beklagten französische Politiker, dass Transportflugzeuge mit ganzen Paletten an Masken von US-Einkäufern, die mit Bündeln von Cash wedelten, noch auf Rollfeldern in Fernost in die USA umgeleitet worden sind. Tatort Bangkok: Hier wurden 200.000 Einheiten Atemschutz vor dem Beladen vermutlich noch schnell an besserbietende Glücksritter verhökert. Das Nachsehen hatte auch die Berliner Polizei. Innensenator Andreas Geisel (SPD) sprach von «Wildwest-Methoden» und «Pi-

«America First»: Die Krise scheint Trumps Rückbesinnung auf die heimische Wirtschaft recht zu geben.
Foto: picture alliance / REUTERS

Als Gegengewicht zu Huawei muss Nokia im Markt gehalten werden.



Emmanuel Macron träumt von neuer europäischer Größe – unter französischer Führung. Foto: picture alliance / abaca



Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz – KI als Zukunftsmarkt für Deutschland? Foto: DFKI

raterie». Wenig später dementierte US-Hersteller M3, dass es überhaupt eine Bestellung aus Berlin gegeben habe. Hintergrund: M3 produziert exklusiv in China... Das Weiße Haus verdonnerte wenige Tage später den US-Konzern General Motors, die Produktion auf Atemschutz umzustellen. Das Gezerre um Masken, Medikamente, Beatmungs- und Desinfektionsgeräte – Güter von überschaubarem Wert – weist auf die Achillesfersen westlicher Industrienationen hin.

Sie sind von ganzen Produktions- und Lieferketten in Fernost abhängig geworden – und haben sich dabei nur wenig um das machtpolitische Erpressungspotenzial geschert. Die österreichische Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP) dirigierte angesichts des Bedarfs von zwölf Millionen Einheiten an Masken für vier Wochen eine Produktionsoffensive der heimischen Wirtschaft. Der Mangel in der Krise sei ein «Weckruf für Gesamteuropa».

Die verträumte Nation

Ein Blick auf unser Land, das 185 Professuren für Gender-Studies hat, aber nur an 22 Hochschulen Pharmazie lehrt. Die meisten Hersteller von Wirkstoffen, die medizinisch als «versorgungsrelevant» gelten, sind in China oder Indien ansässig. In Deutschland werden zum Beispiel kaum noch Antibiotika produziert. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte sieht derzeit bei über 300

Medikamenten mögliche Lieferengpässe. Die gesundheitspolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Dr. Sylvia Groß, fordert angesichts der Krise die Wiederherstellung der Souveränität über die Arzneimittelproduktion. Es räche sich bitter, dass Deutschland, einst «Apotheke der Welt», nach dem Motto «Hauptsache billig» in Asien produzieren lasse.

Eine realistischere Sicht auf die Globalisierung und damit ein Paradigmenwechsel kündigte sich aber bereits vor Corona an – und zwar im beschaulichen Kaiserslautern, Standort des Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz. Auf einer Informationsveranstaltung im Februar kippten zwei ausgewiesene Experten im Zuge einer lebhaften Diskussion das Weltbild der anwesenden Moderatorin – Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD). Digitalisierungs- und Mobilfunkexperte Prof. Hans Schotten räumte mit einem lieb gewonnenen Narrativ auf: «Früher dachten wir, die Globalisierung bringe uns eine amorphe Welt, geprägt von gegenseitigem Ausgleich und Zusammenarbeit. Nun müssen wir feststellen, dass Forschung und Technik Teil der geopolitischen Auseinandersetzung sind, Deutschland und Europa müssen investieren, um ihre digitale Souveränität zu verteidigen.» Seine Kollegin Prof. Dr. Katharina Zweig (TU Kaiserslautern) sprang ihm bei: Auch die heimische Produktion von Hardware bedeute Souveränität.

An 185 Hochschulen gibt es Gender Studies – nur an 22 wird Pharmazie gelehrt.

Es gebe keine durchgängige Chip-Produktion mehr in Europa, sie müsse zurückgeholt werden. Schotten wies auf die zu erwartende Monopolstellung der chinesischen Tech-Riesen Huawei und ZTE hin. Ihr Vollsortiment an Bauteilen für bestehende und kommende Mobilfunkstandards dürfe nicht alternativlos sein, man müsse deshalb die skandinavischen Mobilfunk-Unternehmen Nokia und Ericsson (summierter Marktanteil: 30 Prozent) unbedingt «im Markt halten». Offenkundig dämmert einigen, dass die naiv-bunten One-World-one-Market-Träume geradewegs zu einem Spielplatz freier Kräfte führen, auf dem die chinesische Staatswirtschaft das politische Streben nach Hegemonie mittels überlegener Technik durchsetzt.

Chip- und Prozessortechnik können kaum überschätzt werden. Strom- und Wasserversorgung, Bankautomaten, schon einfache Verwaltung setzen funktionierende und krisenfeste IT-Infrastrukturen

voraus. Die Chip-Produktion – und damit auch die Forschung – findet aber seit Jahrzehnten schwerpunktmäßig in Korea, Japan und Taiwan statt. Die Unternehmen aller europäischen Staaten bringen es lediglich auf verschwindend geringe sieben Prozent Marktanteil. Die technologische Abhängigkeit gebiert dramatische Sicherheitsrisiken: Die Nano-Teilchen aus Fernost könnten in undurchsichtigen Fertigungsprozessen so manipuliert werden, dass sie Daten fehlerhaft berechnen. Strukturen, die ausländische Kraftwerke wie durch Geisterhand abschalten können, üben technologische und militärische Macht aus.

Peking diktiert beim Markteintritt eines europäischen Konzerns ins Reich der Mitte übrigens weitreichende Auflagen: die Beteiligung chinesischer Firmen und die Aushändigung der Schlüssel zu den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Damit gehen Beamte des chinesischen Staates ein und aus. Dass sie auch im Sinne ihrer Sicherheitspolitik in Deals reingrätschen können, beweist die verhinderte Übernahme des niederländischen Prozessorherstellers NXP durch den US-Halbleiterkonzern Qualcomm. Ihr Faustpfand: Zwei Drittel der Produktionsanlagen von NXP befinden sich in China.

Schlachtfeld Künstliche Intelligenz

Es liegt auf der Hand, dass das englische, 1887 als Diskriminierung eingeführte Etikett «Made in Germany» nun neu gedacht werden muss – sicherheitspolitisch. Stichwort historisches Gedächtnis: Die Chinesen treibt eine Erfahrung an: Jahrhundertlang waren sie Spielball europäischer Mächte. Für sie gilt: nie wieder. Vor diesem Hintergrund ist der

jüngste Aufbau der Halbleiterfertigung durch den Bosch-Konzern in Dresden so wichtig. Der in der Gründerzeit des Kaiserreichs entstandene Konzern investierte 2017 mehr als eine Milliarde Euro. Die Fertigung soll 2021 beginnen.

Auf dem Schlachtfeld der Künstlichen Intelligenz (KI) ist hingegen noch alles offen. Denn weder fernöstliche Staaten noch die USA haben einen uneinholbaren Vorsprung auf einem Markt, der 2022 bereits drei bis zehn Milliarden Euro schwer sein könnte. Deutschland hat sich eine aussichtsreiche Position erkämpft – durch solide Grundlagenforschung. Bei den wissenschaftlichen Publikationen lag Deutschland im letzten Jahr auf Rang sechs. Unsere KI-Forscher wurden entsprechend oft zitiert und belegten sogar Rang drei – hinter den Kollegen aus den USA und Großbritannien. Doch die erdrückende Dominanz der Tech- und Online-Giganten wie Google, Facebook und Amazon zeigen die Gefahren eines technologischen Zurückfallens auf. Der US-Riese Amazon, der bequem Steuervorteile kombiniert, dürfte Gewinner der Corona-Krise sein, während Einzelhändler hier vor Ort reihenweise Insolvenz anmelden.

Der Staatstheoretiker Carl Schmitt (1888–1985) schrieb einst, souverän sei, wer den Ausnahmezustand bestimme. Mit der Formel «wegen Corona» wurden Versammlungsverbote, die Schließung von Geschäften und öffentlichen Institutionen und Ausgangssperren verhängt. Das war durchaus ein Souveränitätsnachweis, wenn auch mit zweifelhaftem Inhalt und lediglich nach innen. Souveränität sollte aber vor allem nach außen demonstriert werden – in der Durchsetzung eigener Interessen in der internationalen Politik. ■

Die Alpträume der Militärs

Wer hätte gedacht, dass die marode Bundeswehr in Zeiten nur noch in Bruchteilen einsatzfähiger Fahr- und Flugzeuge eine Denkfabrik unterhält? Die Corona-Lagebeurteilungen des German Institute for Defensive and Strategic Studies in Hamburg klingen dramatisch: Seit Generationen hätten sich die Menschen nicht mehr so verwundbar gefühlt. Die Abhängigkeit von globalen Lieferketten, und das «schon bei Produkten, die für eine weltweit bewunderte Industrieration kein Thema sein sollten», setze die Handlungsfähigkeit Deutschlands aufs Spiel. Die Denker im Fleckteam fordern zukünftig eine größere Auswahl von Zulieferern, die Bevorratung strategischer Reserven und die Einplanung von Krisenkräften.

Die Aussetzung der Wehrpflicht erscheint ihnen im grellen Licht der Krise als Kardinalfehler. Mehr noch: Die krisenhaften Verwerfungen könnten das «Gewaltpotenzial dort wachsen lassen, wo in großer Zahl Flüchtlinge lebten.» Auf gut Deutsch: Krisen stellen vergessenen geglaubten Fragen. Wer und was gehören zum Wir?

Corona-Frust: Italiener verbrennen EU-Flaggen. Die krisengeschüttelte Nation fühlt sich im Stich gelassen. Foto: Screenshot Twitter



Joachim Paul (*1970) ist Gymnasiallehrer, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz, Stadtrat in Koblenz und Mitglied des Bundesvorstandes seiner Partei. Als Mandatsträger beschäftigt er sich unter anderem mit Wissenschaft, Bildungspolitik und Kultur. Für COMPACT schrieb er zuletzt anlässlich des 100. Todestages des Koblenzer Flieger-Asses Hans Kirschstein (Ausgabe 10/2018).